

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(62. Sitzung am 15. Januar 2021)

Beratungsthemen:

1. **Maßnahme von finanzieller Bedeutung für den Einzelplan 13;
Bitte um Zustimmung gemäß § 40 Abs. 2 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung über die Feldes- und die Förderabgabe sowie zur Vergleichsvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und Erdöl- sowie Erdgasförderunternehmen**
Antrag der Landesregierung - [Drs. 18/8286](#)

hier: Unterrichtung durch Herrn Staatssekretär Dr. Lindner

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Der Verfahrensbeschluss, die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegenzunehmen, erfolgte gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Verfahrensantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in die Beratung einzubeziehen, wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag unverändert anzunehmen:

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, GRÜNE

Enthaltung: -

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die wirtschaftliche Situation des JadeWeserPorts und die finanziellen Zukunftsprognosen sowie eine Bewertung der „Ausstiegsdebatten“ in Bremen und die Folgen bei einem Ausstieg des Landes Bremen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Verfahrensbeschluss, die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegenzunehmen, erfolgte gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

3. **Luftfahrtstandort Niedersachsen stärken, Impulse für innovative und nachhaltige Mobilität setzen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5866](#) neu

Der Ausschuss setzte die Beratungen fort. Dazu lag ihm der Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 2) vor.

Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen vereinbarte der Ausschuss, in der nächsten Sitzung die Beratungen zu diesem Antrag und zu dem Antrag der Fraktion der FDP „Niedersachsen muss jetzt die Chancen für einen Offshore-Weltraumbahnhof prüfen und vorantreiben“ - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7548](#) - abzuschließen.

4. **Corona-App - Mit Begleitgesetz echte Freiwilligkeit und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6815](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung unter Berücksichtigung der schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung (vgl. Vorlage 1) ab und kam überein, dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu übersenden.

5. **Mobiles Arbeiten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber rechtlich und wirtschaftlich absichern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7351](#)

Der Ausschuss setzte die Beratungen unter Berücksichtigung der schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung (vgl. Vorlage 1) fort.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss, die Antragsberatung erst abzuschließen, nachdem der Ausschuss für Haushalt und Finanzen seine Beratungen zu dem Antrag „Für ein smartes Steuersystem: Steuerliche Absetzbarkeit von Homeoffice verbessern“ der Fraktion der FDP, [Drs. 18/6812](#), durchgeführt hat und die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder sich auf ihrer Videoschaltkonferenz am 19. Januar 2021 über eine mögliche Verschärfung der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und hierbei auch über die verstärkte Nutzung von Homeoffice verständigt haben.

Der Verfahrens Antrag der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP auf sofortige Abstimmung über den Antrag in der [Drs. 18/7351](#) wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

6. **COVID-19-Pandemie: Das Land muss mehr für den Infektionsschutz in Bussen und Bahnen tun**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7507](#)

Der Ausschuss schloss die Beratungen unter Berücksichtigung der schriftlichen Informationen der Landesregierung (vgl. Vorlage 1) ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen:

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP, GRÜNE
Enthaltung: -

7. **Gemeinwohlbilanz-Pilotprojekte als Niedersächsisches Markenzeichen etablieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7814](#)

Der Ausschuss schloss die Beratungen unter Berücksichtigung der schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung (vgl. Vorlage 1) ab. Der Verfahrens Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in der nächsten Sitzung eine zusätzliche Unterrichtung in mündlicher Form entgegenzunehmen, wurde mit Ausschussmehrheit abgelehnt.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulegen:

Zustimmung: SPD, CDU, FDP
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschloss für den Fall, dass der Landtag am Vormittag des 22. Januar 2021 zu einer Sondersitzung zusammentreten sollte, seine ursprünglich für den 22. Januar 2021 vorgesehene Sitzung am 29. Januar 2021 durchzuführen.

Aus Anlass des Antrags der Koalitionsfraktionen vom 14. Januar 2021, über die Entgegennahme einer Unterrichtung zum aktuellen Planungsstand und künftigem Planungsvorhaben „Ausbau der Strecke Hannover – Bielefeld und Ziele des Deutschlandtakts“ zu beschließen, verständigte sich der Ausschuss abschließend darüber, wie zukünftig mit Unterrichtungswünschen verfahren werden soll.